

OA-UPDATE SÜDOSTEUROPA

OA-Update 03 / 28. März 2025



Mit dieser Ausgabe des Südosteuropa-Updates informieren wir Sie wieder über zentrale politische und wirtschaftliche Entwicklungen in der Region. Dabei werden alle Ereignisse überschattet durch den verheerenden Brand von Kocani in Nordmazedonien, bei dem 59 Menschen ums Leben kamen und mehr als 150 verletzt wurden. Unsere Anteilnahme gilt den

Familien der Opfer sowie den Verletzten, denen wir eine rasche und vollständige Genesung wünschen. In der Rubrik Wirtschaftspolitik berichten wir über die letzten politischen Entwicklungen in Bosnien und Herzegowina, wo gegen den amtierenden Präsidenten der Republika Sprska, Milorad Dodik, inzwischen ein landesweiter Haftbefehl gegen ihn und zwei weitere Führungspersonen in Kraft ist. In Serbien halten die Massenproteste weiter an. Vier Wochen nach den Parlamentswahlen in Kosovo hat dort die zentrale Wahlkommission das offizielle Ergebnis verkündet. In der Rubrik Konjunktur haben wir unter anderem die aktuellen Zahlen der Frühjahrprognose der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) zusammengestellt. Weitere Hinweise zu Terminen und interessanten Publikationen runden auch diese Update-Ausgabe ab.

Mit diesem Update verabschieden wir zudem nach einer spannenden gemeinsamen Zeit Alvaro Guericke, der als Studentische Hilfskraft an der Vorbereitung der Update-Ausgaben in den vergangenen anderthalb Jahren mitgewirkt hat. Lieber Alvaro, vielen Dank für die Zusammenarbeit. Wir wünschen Dir alles Gute für die Zukunft!

Alle Rubriken dieser Ausgabe hier im Überblick:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Projekte**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Eröffnung der Vertretung des EU-Parlaments

Das Europäische Parlament wird ein Büro in Albanien eröffnen, um das Engagement in den Ländern des Westlichen Balkans weiter zu verstärken. Das Büro soll die Aktivitäten des Parlaments insbesondere im Hinblick auf den EU-Beitritt sowie die Demokratie und die institutionellen Reformen in der Region fördern. Die Pressemitteilung des Europäischen Parlaments finden Sie [hier](#).

Trilaterale Verteidigungsvereinbarung zwischen Albanien, Kroatien und Kosovo

Am 18. März unterzeichneten Albanien, Kroatien und Kosovo in Tirana eine trilaterale Verteidigungsvereinbarung. Die Erklärung zielt darauf ab, die Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen zu vertiefen und gemeinsame Antworten auf Sicherheitsbedrohungen zu koordinieren. Balkan Insight berichtet [hier](#).

Albanien

Seit dem 13. März ist TikTok in Albanien für ein Jahr gesperrt. Der Shutdown wurde bereits am 21. Dezember 2024 angekündigt und wurde am 6. März durch den albanischen Ministerpräsidenten Edi Rama bestätigt. Die Sperrung erfolgte vor dem Hintergrund einer Auseinandersetzung zwischen Schülern, bei der ein 14-Jähriger getötet und ein weiterer schwer verletzt wurden, bei der die Kommunikation über die Plattform eine zentrale Rolle gespielt haben soll. Euractiv berichtete [hier](#). Organisationen wie die Assoziation der Journalisten haben Klage gegen die Blockade beim Verfassungsgericht eingereicht. Balkan Insight berichtet [hier](#).

Bosnien und Herzegowina

Am 17. März wurde ein landesweiter Haftbefehl gegen Milorad Dodik und weitere hochrangige Politiker der Republika Srpska (RS) erlassen. Bereits am 12. März waren Dodik, der Premierminister der RS Radovan Viskovic und der Präsident der Nationalversammlung Nenad Stevandic wegen des Verdachts auf Verfassungsbruch und ihrer Weigerung, vor Gericht zu erscheinen, zur Fahndung ausgeschrieben worden. Balkan Insight berichtet [hier](#).

Diese Maßnahmen folgten auf ein Urteil vom 26. Februar 2025, in dem das Verfassungsgericht Bosnien und Herzegowinas Dodik wegen Missachtung der Entscheidungen des Hohen Repräsentanten zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilte und ihm für sechs Jahre die Ausübung des Präsidentenamts untersagte. Trotz dieser gerichtlichen Entscheidungen unterzeichnete Dodik am 27. Februar mehrere Dekrete, die die Kompetenzen gesamtstaatlicher Behörden Bosnien und Herzegowinas in der RS weiter einschränkten und etwa der Staatsanwaltschaft, dem Gericht, der staatlichen Ermittlungs- und Schutzbehörde SIPA und dem Hohen Rat für Justiz und Staatsanwaltschaft verbieten, in der Entität Recht zu sprechen. Zudem verabschiedete das Parlament der RS ein „Foreign Agents“-Gesetz nach russischem Muster, das NGOs mit ausländischer Finanzierung verpflichtet, sich als „ausländische Agenten“ zu registrieren. Das Committee to Protect Journalists berichtet [hier](#).

Darüber hinaus verabschiedete das Parlament der RS am 14. März 2025 einen neuen Verfassungsentwurf, der der Entität das Recht auf eine eigene Armee und Justiz einräumt. Der verabschiedete Verfassungsentwurf stellt einen klaren Bruch des Dayton-Abkommens von 1995 dar, das die territoriale Integrität Bosniens und Herzegowinas festgeschrieben hat. Balkan Insight berichtet [hier](#).

Kosovo

Am 15. März veröffentlichte die kosovarische Wahlkommission die offiziellen Ergebnisse der Parlamentswahl vom 9. Februar. Die Partei des amtierenden Premierministers Albin Kurti, Vetevendosje, erhielt mit 42,3 Prozent die meisten Stimmen, verfehlte jedoch die absolute Mehrheit und bekommt 48 der 120 Sitze, gefolgt von der Mitte-Rechts-Partei PDK mit 24 Sitzen (21 Prozent) und der konservativen LDK mit 20 Sitzen (18,3 Prozent). Die Allianz für die Zukunft des Kosovo (AAK) gewann 8 Sitze (7 Prozent). Die Wahlbeteiligung lag mit 46,5 Prozent etwas niedriger als 2021. Kurti steht nun vor der Herausforderung, eine Koalition zu bilden. Die Associated Press berichtet [hier](#). Die Wahlergebnisse können auf der Seite der Wahlkommission auf Albanisch [hier](#) abgerufen werden.

Kroatien

Am 18. Februar wurde Zoran Milanovic für seine zweite Amtszeit als Präsident Kroatiens vereidigt. In seiner Vereidigungsrede rief Milanovic zum Frieden und zum Kampf gegen Ungleichheit und Korruption auf. Der Vereidigungszeremonie in Zagreb blieben Vertreter der regierenden HDZ einschließlich des Premierministers fern. Balkan Insight berichtet [hier](#).

Montenegro

Am 17. März 2025 kam es unter Vermittlung des EU-Botschafters in Montenegro zu einer Einigung zwischen Regierung und Opposition, die seit Dezember 2024 bestehende Blockade der Parlamentsarbeit zu überwinden. Der Konflikt wurde durch die Entlassung einer Verfassungsrichterin durch die Regierung ausgelöst. Die Opposition betrachtete die Entscheidung als verfassungswidrig. Beide Seiten einigten sich nun darauf, innerhalb einer Woche die Stellungnahme der Venedig-Kommission zur Entlassung der Verfassungsrichterin einzuholen und innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt des Dokuments alle erforderlichen Schritte zur vollständigen Umsetzung der Stellungnahme der Venedig-Kommission zu unternehmen. Bis dahin wird das weitere Verfahren zur Auswahl eines Verfassungsrichters, das vom Verfassungsausschuss des montenegrinischen Parlaments am 12. Dezember eingeleitet wurde, ausgesetzt.

Balkan Insight berichtete [hier](#) bereits am 9. Januar über die Hintergründe der sensiblen politischen Lage in Montenegro. Über die aktuelle Entwicklung und der Einigung zwischen Regierung und Opposition berichtet SEE News [hier](#).

Nordmazedonien

Bei einem verheerenden Brand im Pulse-Club in Kocani kamen am 15. März 59 Menschen ums Leben und mehr als 150 wurden verletzt. In der Diskothek brach während eines Konzerts ein verheerendes Feuer aus, das vermutlich durch Pyrotechnik bei der Bühnenshow ausgelöst

wurde. Die Decke soll mit leicht entflammbarem Material verkleidet gewesen sein. Mehr als 15 Personen wurden festgenommen, darunter Musiker, der Clubeigentümer, Mitglieder des Sicherheitsdienstes und Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums. Es wird vermutet, dass Korruption und Bestechung eine Rolle spielten, da der Club keine gültige Betriebsgenehmigung hatte. Die Regierung von Nordmazedonien rief eine siebentägige Staatstrauer aus und ließ die Flaggen auf Halbmast setzen. Zahlreiche EU-Länder und Nachbarländer wie Serbien haben Brandverletzte aufgenommen, um medizinische Hilfe zu leisten. The Guardian berichtet [hier](#).

Inzwischen wurden verschiedene Spendenmöglichkeiten für die Opfern der Brandkatastrophe geschaffen. Spenden können per Anruf, Online-Überweisung oder Banktransfer an das Solidaritätskonto des Roten Kreuzes geleistet werden. Mit diesem Link kommen Sie direkt auf das Online-Spenden-Konto des Roten Kreuzes Nordmazedonien:

<https://solidarnost.ckrm.org.mk/online-donacija/>

Spenden in Fremdwährung sind mit der folgenden Bankverbindung möglich:

Name der Organisation: Mazedonisches Rotes Kreuz
Bankname: Komercijalna Banka Ad Skopje
Bankadresse: ul. Orce Nikolov Nr. 3, 1000 Skopje, Nordmazedonien
Bankkonto: 300000000000133 25730522-11
SWIFT-Code: KOBSMK2X
IBAN-Code: MK07300701000001228

Am 6. März wurde Nordmazedonien in den geographischen Anwendungsbereich des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (SEPA) aufgenommen. Damit ist Nordmazedonien nach Montenegro und Albanien das dritte der Länder des Westlichen Balkans im SEPA-Raum. Die Pressemitteilung des European Payments Council finden Sie [hier](#).

Rumänien

Am 9. März 2025 entschied die rumänische Wahlkommission (BEC), die Kandidatur des rechtsextremen Politikers Calin Georgescu für die bevorstehende Präsidentschaftswahl abzulehnen. Als Begründung wurden Unregelmäßigkeiten bei der Wahlkampffinanzierung sowie mutmaßliche russische Einflussnahme angeführt. Georgescu legte daraufhin Berufung beim Verfassungsgericht ein, das jedoch bereits am 11. März 2025 seinen Antrag zurückwies und den Ausschluss von der Wahl bestätigte. Der erste Wahlgang der rumänischen Präsidentschaftswahl hatte am 24. November 2024 stattgefunden. Eine zweite Runde sollte am 8. Dezember 2024 folgen, jedoch annullierte das Verfassungsgericht am 6. Dezember die Wahlergebnisse und erklärte den ersten Wahlgang aufgrund von Unregelmäßigkeiten bei der Kampagnenfinanzierung durch Georgescu für ungültig.

Die Wiederholung der Wahl ist nun für den 4. Mai 2025 angesetzt, mit einer möglichen Stichwahl am 18. Mai. Balkan Insight berichtet [hier](#) über die Entscheidung des Verfassungsgerichts. Politico hat [hier](#) eine Übersicht über alle Kandidaten der Präsidentschaftswahlen zusammengestellt.

Am 27. Februar hat die rumänische Regierung eine Notverordnung verabschiedet, um die Deckelung der Strom- und Gaspreise zu verlängern. Dabei soll einerseits die Strompreisbremse

zunächst für drei weitere Monate verlängert werden, während andererseits der Gaspreis für ein weiteres Jahr gedeckelt wird. Weitere Informationen sind auf EurActiv [hier](#) abrufbar.

Serbien

Die Zahl der Opfer des Einsturzes des Bahnhofsvordachs in Novi Sad am 1. November 2024 hat sich auf 16 erhöht. Am 21. März erlag ein 19-jähriger Jugendlicher seinen Verletzungen. Seit dem Unglück finden landesweit täglich Proteste unter Beteiligung verschiedenster gesellschaftlicher Akteure statt, die von der Regierung Transparenz im Umgang mit dem Unglück fordern und die politische Korruption anprangern. Balkan Insight berichtet [hier](#).

Am 15. März erreichten diese Proteste ihren bisherigen Höhepunkt, als sich nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 275.000 und 325.000 Menschen in Belgrad versammelten. Das serbische Innenministerium gab die Teilnehmerzahl hingegen mit rund 100.000 an. Die Demonstration gilt als die größte in Serbien seit den Protesten von 1998 gegen den damaligen Präsidenten Slobodan Milošević, die wenig später zu dessen Sturz führten. Nach der Massendemonstration wurde der Regierung der Einsatz von in Serbien illegalen Schallkanonen gegen die Demonstranten vorgeworfen. Über die Proteste und den Einsatz von Schallkanonen berichtet European Westbalkan [hier](#) und Balkan Insight [hier](#).

Seit dem 7. März sind Lehrer im landesweiten Generalstreik, der durch von der Regierung beschlossene Gehaltskürzungen ausgelöst worden ist. Balkan Insight berichtet [hier](#).

Bereits am 28. Januar hatte der Premierminister Milos Vucevic seinen Rücktritt erklärt, der vom Parlament bestätigt werden musste. Erst in der für den 9. März 2025 angesetzten Sitzung hat das serbische Parlament nun den Rücktritt bestätigt. Damit begann eine 30-tägige Frist zur Ernennung einer neuen Regierung. Reuters berichtet [hier](#).

Die serbische Regierung ist weiterhin bemüht US-Sanktionen gegen den Ölkonzern NIS abzuwehren. Wie Reuters [hier](#) berichtet hat man um eine erneute Fristverlängerung zur Umsetzung der Forderungen gebeten. Grund für die Sanktionen ist die Höhe der russischen Beteiligung an dem serbischen Unternehmen. Der russische Ölkonzern Gazprom Neft hält derzeit 50 Prozent der Anteile an NIS, der Mutterkonzern Gazprom 6,15 Prozent, die serbische Regierung lediglich 29,87 Prozent. Zum 26. Februar gab der russische Ölproduzent Gazprom Neft bekannt, rund 5,15 Prozent seiner Anteile am serbischen Öl- und Gasunternehmen NIS an die Muttergesellschaft Gazprom übertragen zu haben, um somit nicht mehr alleine eine Mehrheit der Anteile zu besitzen. Reuters berichtet [hier](#).

Am 25. Februar hat die serbische Polizei im Rahmen von Ermittlungen der Belgrader Generalstaatsanwaltschaft wegen angeblichen Missbrauchs von Geldern der amerikanischen Entwicklungshilfeagentur USAID mehrere Razzien bei vier Nichtregierungsorganisationen in Belgrad durchgeführt. Betroffen waren die NGOs Civic Initiatives, das Zentrum für Forschung, Transparenz und Rechenschaftspflicht, das Zentrum für praktische Politik und die Trag-Stiftung. Alle Organisationen beschäftigen sich seit vielen Jahren mit Menschen- und Bürgerrechten, Rechtsstaatlichkeit oder regionaler Zusammenarbeit. Über das Vorgehen gegen diese Organisationen berichtet Balkan Insight [hier](#).

Am 24. Februar hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine von der Europäischen Union, der Ukraine und dem Vereinigten Königreich vorbereitete Resolution zum dritten Jahrestag der russischen Invasion der Ukraine mit Unterstützung Serbiens angenommen. Die Resolution bekräftigt das „Engagement der Vereinten Nationen für die

Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territoriale Integrität der Ukraine“. Wenige Stunden nach der Abstimmung erklärte der serbische Präsident Aleksandar Vucic, er habe „versehentlich“ für die EU-Resolution gestimmt. European Western Balkans berichtet [hier](#).

Am 21. Februar wurden die ehemalige Bürgermeisterin der serbischen Stadt Nis und drei weitere Angeklagte wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder verhaftet. Bereits am 12. Februar waren der ehemalige Direktor des staatlichen serbischen Energieunternehmens Elektroprivreda Srbije (EPS) Milorad Grcic und 14 weitere Personen wegen Korruptionsverdachts verhaftet worden. Weitere Informationen finden Sie auf der Seite von Balkan Insight [hier](#).

Konjunktur

EBRD: Frühjahrsprognose: Weaker momentum amid fragmenting trade and investment

Am 27. Februar legte die EBRD ihre aktuellen Wirtschaftsprognosen vor. Wir haben die Zahlen für die Region Südosteuropa im Vergleich zu den letzten Prognosen der EBRD aus dem September 2024 zusammengestellt. Das Wachstum in den WB6 lag 2024 bei 3,1 Prozent und verzeichnete damit einen Rückgang von 0,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr 2023. Die Aussichten für das laufende wie auch das kommende Jahr sind verhalten. Der Grund für das stagnierende Wirtschaftswachstum ist die schwache Auslandsnachfrage aus der Europäischen Union, dem wichtigsten Handelspartner der Region. Dennoch könnten positive innenpolitische Entwicklungen, ein starker privater Konsum, steigende Löhne sowie eine Zunahme öffentlicher Investitionen diesen negativen Effekt abmildern. Den Regional Economic Forecast zum Februar mit dem Titel „Weaker momentum amid fragmenting trade and investment“ finden Sie [hier](#) auf der Seite der EBRD.

Länder	EBRD Economic Prospect September 2024				EBRD Economic Prospect Februar 2025			
	2022	2023	2024F	2025F	2023	2024F	2025F	2026F
Albanien	5,0	3,4	3,5	3,7	3,9	3,9	3,7	3,7
Bulgarien	3,9	1,8	2,2	2,9	1,9	2,3	2,4	2,8
Bosnien und Herzegowina	4,1	1,7	2,8	3,0	2,0	2,5	2,8	3,0
Kosovo	4,3	3,3	4,0	4,0	4,1	4,3	4,0	4,0
Kroatien	7,0	3,1	3,6	3,0	3,3	3,8	3,0	2,6
Montenegro	6,4	6,0	3,8	2,9	6,3	3,1	2,9	3,0
Nordmazedonien	2,2	1,0	2,2	3,5	2,1	2,4	3,0	3,0
Rumänien	4,1	2,1	1,4	2,6	2,4	0,7	1,8	2,4
Serbien	2,5	2,5	3,8	4,0	3,8	3,8	4,0	4,0
Slowenien	2,5	2,1	1,5	2,6	2,1	1,4	2,0	2,4
Durchschnitt SOE	4,2	2,7	2,9	3,2	3,2	2,8	3,0	3,1
Durchschnitt WB6	4,0	2,9	3,2	3,4	3,6	3,1	3,3	3,3

Handelszahlen Januar 2025

Der Ost-Ausschuss hat die aktuellen Handelszahlen vom Januar 2025 für seine 29 Länder ausgewertet. Im ersten Monat des Jahres lag der Handel mit SOE bei einem Gesamtwert von 9,5 Milliarden Euro und wuchs somit um 8,6 Prozent im Vergleich zum Januar 2024. Die aktuellen Zahlen für alle OA-Länder finden Sie [hier](#).

Ursprungs- und Bestimmungsländer	Warenverkehr in Tsd. €		Dt. Einfuhr in Tsd. €		Dt. Ausfuhr in Tsd. €		Änderung in % gg. über Vorjahr		
	Jan 2025	Jan 2024	Jan 2025	Jan 2024	Jan 2025	Jan 2024	Einfuhr	Ausfuhr	Handels-umsatz
Rumänien	3.205.673	3.373.765	1.461.144	1.549.095	1.744.529	1.824.670	19,5	8,6	13,3
Slowenien	3.005.068	2.757.275	1.580.746	1.372.740	1.424.322	1.384.535	8,2	2,2	5,1
Bulgarien	1.017.065	1.028.161	533.860	527.973	483.205	500.188	8,5	4,6	6,6
Serbien	756.712	726.766	401.907	361.349	354.805	365.417	14,8	-1,4	6,1
Kroatien	664.150	633.913	191.680	171.735	472.470	462.178	25,4	15,9	18,6
Nordmazedonien	438.173	364.508	344.254	257.682	93.919	106.826	-10,4	5,7	-6,3
Bosnien und Herzegowina	217.518	208.895	109.842	104.040	107.676	104.855	-4,9	8,8	1,4
Albanien	56.105	49.814	19.255	17.554	36.850	32.260	-9,5	9,2	1,7
Kosovo	36.508	35.555	6.781	5.230	29.727	30.325	-27,6	34,8	19,7
Montenegro	17.600	17.759	2.050	1.700	15.550	16.059	4,5	22,3	20,1
Gesamt-WB 6	1.522.616	1.403.297	884.089	747.555	638.527	655.742	1	3,5	2,1
SOE Handel Gesamt	9.414.572	9.196.411	4.651.519	4.369.098	4.763.053	4.827.313	11,3	6,2	8,6
Deutscher Handel Gesamt	237.323.980	231.173.136	112.343.721	104.478.978	124.980.259	126.694.158	-7,5	1,5	-2,8

(C)opyright Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025, Stand: 04.02.2025, Berechnungen des Ost-Ausschusses

Transparency International: Corruption Perception Index (CPI)

Am 11. Februar hat Transparency International den Korruptionswahrnehmungsindex veröffentlicht. Der Index umfasst 180 Länder weltweit und bewertet diese nach dem Grad der Korruption im öffentlichen Sektor, wie er von Experten und Geschäftsleuten wahrgenommen wird. Er stützt sich auf 13 unabhängige Datenquellen und verwendet eine Skala von null bis 100, wobei null für hochgradig korrupt und 100 für absolut korruptionsfrei steht. Daraus ergibt sich die Platzierung der Länder, die wir hier für die zehn Länder der Ost-Ausschuss-Region Südosteuropa im Vergleich zu den Vorjahren zusammengestellt haben. Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite von Transparency International [hier](#).

Land	Ranking 2022	Ranking 2023	Ranking 2024	Veränderung im Score zwischen 2023 bis 2024
Slowenien	41	42	36	4
Kroatien	57	57	63	-3
Rumänien	63	63	65	-
Montenegro	65	63	65	-
Bulgarien	72	67	76	-2
Kosovo	84	83	73	2
Nordmazedonien	85	76	88	-2
Albanien	101	98	80	5
Serbien	101	104	105	-1
Bosnien-Herzegowina	110	108	114	-2

Transparency International, Corruption Perceptions Index 2024,



Das Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft gedenkt in diesem Monat dem 22. Todestag von Zoran Djindjic, der am 12. März 2003 einem politischen Attentat zum Opfer fiel. Sein Wirken und politisches Engagement hatten großen Einfluss auf die demokratische und wirtschaftliche Transformation Serbiens und der gesamten Region des Westlichen Balkans. Im Gedenken an seine Person und sein Werk hat der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft bereits im Jahr 2003 das Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft initiiert. Bis heute haben mehr als 1.000 Nachwuchskräfte aus den sechs Ländern des Westlichen Balkans und Kroatien die Möglichkeit, eine mehrmonatige praxisorientierte Weiterbildung in Deutschland zu absolvieren und dadurch ihre Chancen auf dem heimischen Arbeitsmarkt zu erhöhen.



“

„Das Erfolgsgeheimnis liegt in der Investition in Bildung [...]. Bildung, Ausbildung und Wissen sind die Triebkräfte des Erfolgs.“

Zoran Djindjic

Das Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft unterstützt den Know-how-Transfer aus Deutschland in die Länder des Westlichen Balkans und nach Kroatien. Durch die Weiterbildung von jungen Nachwuchskräften im Rahmen von drei- bis sechsmonatigen Praktika in deutschen Unternehmen werden diese für den heimischen Arbeitsmarkt fit gemacht. Dieser #braingain unterstützt gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung in den sieben Partnerländern. Komplettiert werden die Praktika in Deutschland durch eine intensive Alumni-Arbeit, zu der

zahlreiche Weiterbildungsformate gehören. Die intensive Vernetzung der Alumni trägt zudem zum Verständigungsprozess in der Region bei.

In diesem Sommer wird die 22. Generation des Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft nach Deutschland kommen. Aktuell findet die Vernetzung der Kandidatinnen und Kandidaten für mögliche Praktika mit den Unternehmen statt. Um die Stipendiatinnen und Stipendiaten optimal auf den Einsatz in den Unternehmen vorzubereiten, laufen bereits jetzt die Vorbereitungen für die Einführungswoche und das Onboarding in Deutschland. In diesem Rahmen möchten wir Sie herzlich einladen, sich den Termin für **den Empfang unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten am 26. Juni in Berlin** vorzumerken.

Auch die Events des regionalem Alumni-Netzwerks stehen in diesem Monat ganz unter dem Zeichen von Zoran Djindjic. Wir bieten regelmäßig verschiedene Weiterbildungsseminare an. Ein Alumni-Diskussionsformat beschäftigte sich am 12. März intensiv mit dem Wirken Djindjics, seinen Werten und seiner Vision für Europa. Basierend auf den politischen Entwicklungen in unseren Partnerländern ist eine neue Weiterbildungsreihe ins Leben gerufen werden, die verschiedene Aspekte des Themas „Politischer Aktivismus“ beleuchtet.

Werden Sie Teil unserer Erfolgsgeschichte und beteiligen Sie sich am Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft!

Auch wenn die Unternehmensakquise für den 22. Jahrgang des Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft nun abgeschlossen ist, können Sie gern Ihr Interesse bereits für den nächsten Jahrgang 2026 hinterlegen. Wenden Sie sich hierfür gern an Antje Müller (a.mueller@oa-ev.de).

Kommende Veranstaltungen

- **29. April:** 2. Sitzung des Arbeitskreises SOE, 09:30 - 11:30 Uhr (online) – *nur für Mitglieder*
- **Save the Date: 12. Juni 2025:** German-Macedonian Business Summit in Skopje; Organisiert durch die AHK Nordmazedonien. Weitere Informationen finden Sie [hier](#) auf der Seite der AHK Nordmazedonien.
- **Save the Date: 18. bis 20. Juni 2025:** OA-Delegationsreise nach Rumänien mit dem Schwerpunkt Grüne Transformation. *Weitere Informationen finden Sie in Kürze auf unserer Website.*
- **Save the Date: 23. bis 26. Juni 2025 (bevorzugt mit Anreise nach Rumänien bereits am 22.06.2025):** Cross-border business dynamics in Eastern Europe: The Romania-Ukraine - Moldova Border Region; Siret, Suceava & Botoșani (RO) – Chernivtsi (UKR) – Bălți (MD); organisiert von der AHK Rumänien mit Unterstützung des Ost-Ausschusses. Die Delegation bietet wertvolle Möglichkeiten für Networking, Geschäftsentwicklung und die Entdeckung des Potenzials dieser grenzüberschreitenden Region in Osteuropa. Im Rahmen der Delegation werden auch B2B-Meetings zwischen Unternehmen aus Deutschland, Rumänien, der Ukraine, Moldawien und öffentlichen Behörden stattfinden. *Weitere Informationen finden Sie in Kürze auf unserer Website.*

Weitere Veranstaltungen zu den Ländern der Region sind in Planung. Wir halten Sie mit dem kommenden Update oder als Mitglied direkt per Rundschreiben auf dem Laufenden.

Projekte

Die Deutsch-Bulgarische Industrie- und Handelskammer und das deutsche Beratungsunternehmen enviacon GmbH organisieren vom 23. bis 26. Juni 2025 eine Geschäftsanbahnungsreise für deutsche Unternehmen der Gesundheitswirtschaft mit Fokus auf Pharmaindustrie nach Bulgarien. Die Hauptziele sind der Aufbau von Geschäftskontakten sowie die Vertiefung bestehender Handels- und Partnerschaftsbeziehungen mit bulgarischen Unternehmen in diesem Sektor. Das Projekt findet im Rahmen der Exportinitiative Gesundheitswirtschaft des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) statt. Derzeit werden deutsche Unternehmen für eine Beteiligung am Projekt geworben. Weitere Informationen auf Deutsch und einen Registrierungslink finden Sie [hier](#).

Tipps & Links

Polen ist in diesem Jahr Gastgeber des Gipfels der **Drei Meeres Initiative**, dem traditionell ein Wirtschaftsforum angeschlossen ist. Der Gipfel findet am 28. und 29. April in Warschau statt. Weitere Informationen und Hinweise zu den Teilnahmebedingungen finden Sie auf der Seite der Drei Meeres Initiative [hier](#).

In einem Beitrag, veröffentlicht am 14. März, geht die Heinrich-Böll-Stiftung der Frage nach, wohin die **Protestbewegung in Serbien** führen kann. Die Publikation ist auf der Seite der Heinrich Böll Stiftung [hier](#) abrufbar.

Auch die Friedrich-Naumann-Stiftung hat zu den **aktuellen Protesten in Serbien** am 17. März einen Beitrag mit einem aktuellen Überblick über die Hintergründe und die Entwicklung der Proteste veröffentlicht. Der Beitrag ist auf der Website der Stiftung [hier](#) abrufbar.

Am 14. Februar veröffentlichte die „Balkan in Europe Policy Advisory Group“ (BiEPAG) eine Publikation über die **Zukunft der Proteste und der Demokratie in Serbien**. Die Publikation adressiert konkrete Politiken, um eine positive Entwicklung dieser in der Region zu fördern. Die vollständige Publikation ist auf der BiEPAG-Seite [hier](#) verfügbar.

Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) hat Anfang März eine Analyse zur **EU-Rohstoffpolitik am Beispiel Serbiens** veröffentlicht, in der die lokalen Auswirkungen analysiert und Handlungsempfehlungen formuliert werden. Das Dokument ist auf der Webseite der SWP [hier](#) verfügbar.

Anfang März hat die Heinrich-Böll-Stiftung eine Publikation über das **Jadar-Projekt** (Lithium) in Serbien veröffentlicht. Die Publikation enthält grundlegende Informationen über die Geschichte und Entwicklung des Projekts sowie über die Bedenken hinsichtlich seiner Umsetzung und seiner Auswirkungen. Die Publikation kann auf der Website der Stiftung [hier](#) heruntergeladen werden.

The Kremlin Playbook against Offshore Wind Energy in Bulgaria. Am 4. März veröffentlichte das Center for the Study of Democracy (CSD) eine Studie über den **russischen Einfluss auf den Ausbau der Offshore-Windenergie in Bulgarien**. Das Dokument finden Sie auf der Website des CSD [hier](#) eingesehen werden.

Anfang März veröffentlichte der EU-Rat den **Europe Press Freedom Report 2025**. Der Bericht untersucht die anhaltenden Bedrohungen für die Medienfreiheit in Europa, wobei insbesondere Serbien laut dem Bericht zu einem Land mit den schlechtesten Ergebnissen zählt. Weitere Informationen und den vollständigen Bericht finden Sie auf der Website des Rates [hier](#).

Am 28. Februar hat der European Council on Foreign Relations (ECFR) einen Bericht über die Möglichkeiten der **Annäherung der Länder des Westlichen Balkans an die EU** durch die Dekarbonisierung der Wirtschaft veröffentlicht. Der Bericht ist auf der Website des ECFR [hier](#) verfügbar.

Am 20. Februar hat die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Publikation zu den Ergebnissen der **Wahlen im Kosovo** vom 9. Februar veröffentlicht. Den Beitrag finden auf der Website der KAS [hier](#).

Die Friedrich-Naumann-Stiftung hat am 11. Februar eine Publikation zu den Ergebnissen der **Wahlen im Kosovo** vom 9. Februar veröffentlicht. In der Publikation wird auf die Schwierigkeiten der Wahlsituation und der Koalitionsverhandlungen eingegangen. Die vollständige Publikation kann auf der Seite Der Stiftung [hier](#) eingesehen werden.

Am 20. Februar hat das Balkan Investigative Reporting Network einen Bericht über die **Cybersicherheitslage in den Balkanländern** veröffentlicht, in dem die Mängel bei der Reaktion auf diese Bedrohungen angesprochen und konkrete Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mängel vorgeschlagen werden. Der vollständige Bericht ist [hier](#) auf Balkan Insight verfügbar.

Am 10. Februar hat die Konrad Adenauer Stiftung (KAS) einen Rückblick auf die Entwicklung der **Rechtstaatlichkeit in Südosteuropa** im Jahr 2024 veröffentlicht. Der Bericht kann auf der Seite der KAS [hier](#) abgerufen werden.

Am 2. Februar hat das German Economic Team einen Leitfaden für das Management von **Industrie- und Technologieparks im Kosovo** veröffentlicht. Den Beitrag finden Sie auf der Seite des GET [hier](#).

Wichtige Quellen mit **aktuellen Informationen** zu den letzten Entwicklungen rund um die einzelnen Länder Südosteuropas sind die Seiten der Auslandshandelskammern und bilateralen Wirtschaftsvereinigungen:

- [Deutsch-Bulgarische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Bosnien und Herzegowina](#)
- [Deutsch-Kroatische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Kosovarisch-Deutsche Wirtschaftsvereinigung \(KDWW\)](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Nordmazedonien](#)
- [Deutsch-Serbische Wirtschaftskammer](#)
- [Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Deutsch-Slowenische Industrie- und Handelskammer](#)

Weitere **Informationen** zur Arbeit des Ost-Ausschusses und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), [LinkedIn](#), [Instagram](#) und [Facebook](#).

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Sie möchten Mitglied im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft werden? Dann haben wir eine gute Nachricht für Sie! Denn dieses Angebot steht allen deutschen Unternehmen sowie deutschen Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen offen. Der Ost-Ausschuss öffnet Ihnen die Türen zu den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie Zentralasiens, auf die fast ein Fünftel des deutschen Außenhandels entfällt. Der Ost-Ausschuss bietet Ihnen regionale Arbeits- und Informationskreise, spannende Projekte wie die Unternehmensplattform Grüne Transformation und den Service Desk Ukraine sowie weit über 100 Fachveranstaltungen im Jahr.

Wir bieten Ihnen nicht nur aktuelle und teils exklusive Länder- und Brancheninformationen, sondern wir unterstützen Sie auch aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilaterale Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in die Region. Als Mitglied profitieren Sie von unseren engen Kontakten zur Bundesregierung und den Regierungen unserer Zielländer. Und das Beste: Eine Mitgliedschaft ist günstiger, als Sie denken, und zahlt sich schnell aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerks in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! [Hier](#) finden Sie weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft.

Kontakt



Anja Quiring

Regionaldirektorin Südosteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

T. +49 30 206167-130

a.quiring@oa-ev.de



Antje Müller

Programmdirektorin

Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft
für die Länder des Westlichen Balkans

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V.

T. +49 30 206167-137

a.mueller@oa-ev.de



Kathrin Enzenhofer

Assistentin der Regionaldirektion Südosteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

T. +49 30 206167-131

k.enzenhofer@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Pressekontakt:

Andreas Metz | Leiter Public Affairs
A.Metz@oa-ev.de
T. +49 30 206167-120
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de

@OstAusschuss

